

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

- Stadtrat -

Antrag Nr.: A0200/21

Datum: 8. Juli 2021

BESCHLUSSEMPFEHLUNG

des Jugendhilfeausschusses
(JHA/027/2021)

über:

Sozial aus der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen

Beschlussvorschlag:

Es ist davon auszugehen, dass die Corona-Krise und die damit verbundenen Begleitmaßnahmen einige bestehende soziale und individuelle Problemlagen verschärft und neue bisher nicht vorhandene Risiken erzeugt haben. Um im weiteren Verlauf der Krise und ihrer Bewältigung adäquat auf mögliche neue soziale Herausforderungen eingehen und passende Unterstützungsangebote unterbreiten zu können, soll die Struktur der Angebote und sozialen Dienstleistungen in Dresden genau erfasst und auf ihre Passgenauigkeit auf die aktuellen Bedarfe überprüft werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die einzelnen Bereiche der Sozialplanung, Jugendhilfeplanung, Planungen im Bereich der Gesundheitsprävention sowie Planungen des Jobcenters daraufhin zu prüfen, ob im Zusammenhang mit Corona und den damit verbundenen Begleitmaßnahmen bisher nicht erfasste Bedarfe erkannt werden.
2. darzustellen, wie die einzelnen Planungen im Sozial- und Jugendhilfebereich in der aktuellen Situation überprüft und ggf. angepasst werden.

Erläuterung:

1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textteile
2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben

...

3. darzustellen, ob mögliche zusätzlich erkannte Bedarfe in den einzelnen Planungen der Sozial- und Jugendhilfe in den bestehenden Strukturen durch Aufgabenveränderungen oder Aufgabenerweiterungen abgedeckt werden können. Sofern eine entsprechende Aufgabenveränderung nicht möglich ist, ist darzustellen, welche zusätzlichen Bedarfe in der bestehenden Struktur nicht abgedeckt werden können. Die Darstellung soll entsprechend der jeweiligen Planungslogik vordergründig nach Sozialräumen erfolgen.

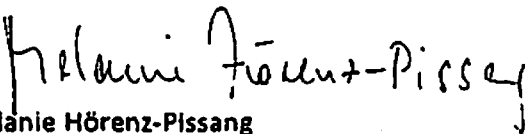
Bei der Erarbeitung der Analysen sollen Erkenntnisse bundesweiter Studien sowie Erfahrungen und Erkenntnisse lokaler Träger herangezogen werden.

4. aus den Ergebnissen der Punkte 1) bis 3) einen Bericht zu verfassen und in den Fachgremien des Stadtrates vorzustellen.

Es sollen so Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob, in welcher Dringlichkeit und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten die bestehende Struktur der sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsangebote verändert oder ergänzt werden sollte, um die aktuelle Krise und ihre Folgen bewältigen bzw. abmildern zu können.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass eine Expertenanhörung bis zum 15. November 2021 durchzuführen ist. (Abstimmung: Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4)

Abstimmung: Zustimmung mit Ergänzung
Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4


Melanie Hörenz-Pissang
Vorsitzende

Erläuterung:

1. redaktionelle Änderungen = unterstrichene Textstelle
2. Änderungen Gremium = unterstrichen bzw. durchgestrichen sowie fett hervorgehoben